

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 14.07.2011

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg",
Wertherstraße 436

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19.55 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Berenbrinker

CDU

Frau Brinkmann Fraktionsvorsitzende
Herr Heimen
Herr Kleinesdar

SPD

Herr Gieselmann
Frau Selle Fraktionsvorsitzende
Herr Sensenschmidt
Frau Viehmeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Haemisch
Herr Steinkühler

BfB

Frau Hempelmann

FDP

Frau Wilmsmeier

Parteilose Mitglieder

Herr Fermann

Nicht anwesend:

Herr Graeser
Herr John

Verwaltung:

Herr Müller Amt für Schule
Frau Schnelle Amt für soziale Leistungen – Sozialamt
Frau Weißmüller Ev. Gemeindedienst - Seniorenarbeit Dornberg
Frau Thomas Oberstufenkolleg Bielefeld
Frau Stude Büro des Rates

Schriftführung:

Frau Steinborn Büro des Rates

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Berenbrinker eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung vom 06.07.2011 zur 21. Sitzung, sowie die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung Dornberg fest.

Herr Berenbrinker gratuliert Herrn Fermann zu seinem Geburtstag am 19.06., sowie Frau Wilmsmeier zu ihrem Geburtstag am 12.07.. Frau Viehmeister gratuliert Herrn Berenbrinker zu seinem Geburtstag am 17.05..

-.-.-

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 20. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 16.06.2011

Frau Selle merkt an, dass in TOP 4.1, letzter Absatz, protokolliert sei, dass „die Mitglieder der Bezirksvertretung sich einig seien, dass die Schließung der Grundschule Schröttinghausen das Todesurteil für den Stadtbezirk bedeuten könne.“ Die Aussage sei jedoch gewesen, dass es ein „Todesurteil für den Stadtteil Schröttinghausen“ sein könne. Dies sei zu korrigieren.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 12.05.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Frau Steinborn macht folgende Mitteilungen:

Geschwindigkeitsbegrenzungen vor Kindergärten, Schulen, Altenheimen und in allen geschlossenen Wohngebieten.

Der Rat der Stadt Bielefeld habe seinen Beschluss vom 26.01.1995 hinsichtlich der Geschwindigkeitsbegrenzungen vor Kindergärten, Schulen, Altenheimen und in allen geschlossenen Wohngebieten durch Beschluss vom 30.06.2011 geändert. Ursprünglich sollten Straßen mit überbezirklicher Bedeutung von dieser Geschwindigkeitsbegrenzung ausgenommen

werden. Hier sei nun der Zusatz „Ausnahmen hiervon seien jedoch in begründeten Fällen möglich“ eingefügt worden.

Das Amt für Verkehr teile zur aktuellen Verkehrssituation in Bielefeld folgendes mit:

Universitätsstraße

Derzeit erfolgten die Fahrbahnrandarbeiten an der nördlichen Universitätsstraße im Übergang zum Zehlendorfer Damm. Hier sei eine Baustellenampel eingesetzt und zeitgleich würden auch die Fahrbahnrandarbeiten im breiteren Teilstück unter Aufrechterhaltung des Beidrichungsverkehrs durchgeführt. Ende der Maßnahme sei der 30.07.2011.

Dornberger Straße

Aufgrund von Kanalbauarbeiten werde die Straße Zur Schwedenschanze zwischen der Dornberger Straße und der Hausnummer 35 vom 06.07. bis 30.09.11 voll gesperrt.

Wertherstraße

Frau Selle teilt mit, dass aus einer Liste des Landesverkehrsministeriums ersichtlich sei, dass die Straßenbaumaßnahme Wertherstraße dort mit 1,3 Millionen aufgenommen sei. Somit könne man wohl von einer Umsetzung der Maßnahme ausgehen.

Herr Fermann macht folgende Mitteilungen:

Kriterien für Busfahrer/-innen von moBiel

Er sei am 08.06.2011 um 13:45 Uhr am Jahnplatz in den Bus Linie 21 (784) in Richtung Dornberg-Werther eingestiegen. Eine Dame habe sich beim Fahrer erkundigt, wo die Twellbachtal-Haltestelle sei, da sie dort aussteigen wolle. Der Fahrer habe diese Frage nicht beantworten können und als er an der Ampel Voltmannstraße/ Werther Straße in Richtung Voltmannstraße fahren wollte hätte er eingegriffen und den Fahrer auf die richtige Richtung aufmerksam gemacht. Es sollte jedoch Pflicht sein, dass die Fahrer die Strecke kennen.

Kriterien für die Beförderung von Personen im Busverkehr

Am 13.06.11 um 16.17 Uhr habe er in der Linie 62 vom Bürgerzentrum Dornberg Richtung Jahnplatz beobachten müssen, wie eine Fahrerin einem ca. 14 Jahre altem Jungen, der sie bat auf seinen jüngeren Bruder, welcher zum Bus lief, kurz zu warten und mitzunehmen. Hierauf habe die Fahrerin unfreundlich geantwortet, sie habe 7 Minuten Verspätung und könne nicht warten und habe den jüngeren Bruder nicht mitgenommen. Dies sei ein unmöglicher Zustand und die Bezirksvertretung sollte hier auf moBiel einwirken.

Auf die Frage von Herrn Sensenschmidt, an welche Stelle man sich in dieser Situation wenden könne, erwidert Frau Brinkmann, dass es bei moBiel eine Beschwerdestelle gebe, die dies umgehend prüfen werde.

Herr Berebrinker sagt zu, dass eine Mitteilung an moBiel erfolgen werde.

Zu Punkt 4
Zu Punkt 4.1

Anfragen

Geschwindigkeitsdeduzierung auf der Wertherstraße ab Kreisverkehr Zehlendorfer Damm

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2763/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest die Frage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Wann wird der Beschluss der Bezirksvertretung Dornberg zu Tempo 50 auf der Wertherstraße ab dem Kreisverkehr Zehlendorfer Damm umgesetzt?

Frau Steinborn teilt mit, dass derzeit das Prüfverfahren laufe und bislang noch keine Ergebnisse vorlägen. Vom Amt für Verkehr sei ein Ergebnis bis zur nächsten Sitzung im September zugesagt worden.

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Planungen zur Kindertagesstätte auf der Langen Lage

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2847/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest die Anfrage der CDU-Fraktion:

Zu welchem Zeitpunkt ist die Planung für die mögliche Kindertagesstätte auf der Langen Lage vorgesehen ?

Zusatzfrage 1:

Mit wie vielen Kindern wird nach Fertigstellung gerechnet ?

Frau Steinborn führt aus, dass laut Jugendamt bei der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/G 20 „Hochschulcampus Bielefeld“ im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Dienststellen eine Stellungnahme des Jugendamtes eingefordert worden sei, welche das Vorhalten einer Gemeinbedarfsfläche begrüße. Der nunmehr rechtsverbindliche Bebauungsplan sähe daher eine Gemeinbedarfsfläche für die Errichtung einer Kindertagesstätte vor. Nach Auskunft der Bauverwaltung gäbe es aktuell jedoch keine Informationen über eine zeitliche Umsetzung.

Zur zweiten Frage antworte das Jugendamt, dass bei der konkreten Planung der Kindertagesstätte die Fachverwaltung sowie die Heimaufsicht des Landesjugendamtes zu beteiligen seien. Die Planung der Größe und der Gruppen richte sich nach den Versorgungsquoten im Stadtbezirk Dornberg sowie im angrenzenden Stadtbezirk Schildesche. Darüber hinaus müssten die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses zu den Zielquoten der Versorgung sowie die geäußerten Bedarfe der Eltern berücksichtigt werden. Bei Neubauten seien üblicherweise 3- bis 4-gruppige Einrichtungen angedacht.

Frau Brinkmann weist die Antwort zurück, da die Zusatzfrage unbefriedigend beantwortet worden sei. Es seien derzeit schon Wohnverhältnisse vorhanden, anhand derer eine Einschätzung der zu erwartenden Kinder vorgenommen werden könne. Hier erbitte sie eine umfassende Antwort bis zu nächsten Sitzung.

Frau Selle führt aus, dass in den ersten Plänen in Richtung Dürerstraße eine Gemeinbedarfsfläche eingetragen worden sei. In den neueren Plänen hingegen befände sich an der Stelle nun eine Busstation. Hier erbitte sie um Nennung der Stelle, an der die Gemeinbedarfsfläche vorgesehen sei.

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Kosten für den Schulbusverkehr der Grundschule Dornberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2848/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest die Anfrage der CDU-Fraktion:

Werden die Kosten für den Schulbus zur Grundschule Dornberg im nächsten Schuljahr weiterhin über die Stadt Bielefeld finanziert oder müssen diese von den Eltern getragen werden?

Frau Steinborn verteilt die Stellungnahme vom Amt für Schule mit folgendem Inhalt:

Im laufenden Schuljahr 2010/11 hätten noch 11 Schülerinnen und Schüler der derzeit 4. Klasse einen Fahrkosten/ Beförderungsanspruch zur Grundschule Dornberg, obwohl dies nicht ihre nächstgelegene Grundschule sei. Der Anspruch leite sich noch aus der Zeit der Grundschulbezirksgrenzen ab. Hinzu kämen noch 2 Schülerinnen/Schüler, deren Schulweg sowohl bis zur Wellensiekschule als auch zur Grundschule Dornberg über zwei Kilometer betrage und als besonders gefährlich eingestuft sei. Für diese 13 Schülerinnen und Schüler würde derzeit ein von der Stadt Bielefeld finanzierter Schulbus eingesetzt.

Ab dem Schuljahr 2011/12 hätten nur noch die 2 oben genannten Schülerinnen/Schüler einen Anspruch auf Übernahme der Schülerfahrtkosten. Daher laufe die Übernahme der Kosten für den Schulbusverkehr zum Ende des Schuljahres 2010/11 aus.

Nach § 12 Schülerfahrtkostenverordnung sei die wirtschaftlichste Beförderungsart zu wählen. Die Eltern der anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler würden daher eine Erstattung der Kosten für die Beförderung mit einem privaten PKW erhalten.

Eine Weiterbeförderung mit einem Schulbus ab kommendem Schuljahr sei aus schülerfahrtkostenrechtlicher Sicht unwirtschaftlich und für das kommende Schuljahr 2011/12 von Seiten des Schulträgers auszuschließen.

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Grundschule / Kindergarten Schröttinghausen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2856/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den Antrag von Frau Wilmsmeier:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, in der Grundschule Schröttinghausen bilingualen Unterricht Deutsch/ Englisch einzuführen. Gleichzeitig den städtischen Kindergarten Schröttinghausen in die Grundschule Schröttinghausen zu integrieren, um auch hier einen fließenden Übergang von Kindergartenkindern in die Grundschule zu gewährleisten.

Diese Forderung ist unabhängig von dem Antrag eine Verbundschule für Dornberg als Modell einzurichten.

Frau Wilmsmeier führt zur Begründung ihres Antrages aus, von vielen Eltern sei immer wieder der Wunsch nach Einbindung des Kindergartens Schröttinghausen in die Grundschule Schröttinghausen geäußert worden. Die neusten statistischen Zahlen würden deutlich den anstehenden Wandel in Schröttinghausen anzeigen. Die Zahlen der Kinder würden steigen und hinzu käme noch das Baugebiet Lange Lage, welches positive Auswirkungen auf den Stadtteil haben werde. Der bilinguale Unterricht würde im Stadtbezirk Dornberg, neben den anderen individuellen Angeboten, ein weiteres attraktives Angebot für Dornberg bedeuten.

Herr Steinkühler weist darauf hin, dass die Zusammenlegung der Kindertagesstätte und Grundschule bereits im Zusammenhang mit KIGS geprüft worden sei. Dennoch halte er die räumliche Zusammenlegung der Kita und der Grundschule in Schröttinghausen für sinnvoll. Seine Fraktion unterstütze den Antrag.

Frau Viehmeister plädiert für die Teilung des Antrages, da die Einführung von bilingualem Unterricht einen größeren Umfang darstelle und zudem die Zuständigkeit nicht bei der Bezirksvertretung läge. Sie weist darauf hin, dass innerhalb der nächsten 2 Monate eine Entscheidung in der Grundschulfrage für den Stadtbezirk Dornberg getroffen würde und daher mit einem weiteren Antrag bis zu dieser Entscheidung gewartet werden solle. Im Namen der SPD-Fraktion bitte sie darum, den Antrag zurückzuziehen.

Frau Hempelmann verweist auf die umfangreichen Renovierungen der Grundschule und den baulichen Zustand des Kindergartens. Durch eine Zusammenlegung könne die Schule gut und sinnvoll genutzt werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt der Schulkonferenz, in der Grundschule Schröttinghausen bilingualen Unterricht Deutsch/Englisch einzuführen.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen –

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung den städtischen Kindergarten Schröttinghausen in die Grundschule Schröttinghausen zu integrieren um auch hier einen fließenden Übergang von Kindergartenkindern in die Grundschule zu gewährleisten. Dies ist unabhängig von dem Antrag eine Verbundschule für Dornberg

als Modell einzurichten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Asbestentsorgung ehemalige Gärtnerei Kampheide Süd

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2860/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Die Bezirksvertretung Dornberg fordert die Verwaltung auf, die Asbestversorgung auf den Flächen der ehemaligen Gärtnerei Kampheide Süd intensiv zu begleiten und eine fachgerechte Abfuhr sicher zu stellen.

Herr Steinkühler führt aus, dass aus dem zugesandten Gutachten hervorgegangen sei, dass Teile der asbestbelasteten Abfälle nicht sachgemäß gelagert und entsorgt würden. Hier sei dringender Handlungsbedarf vorhanden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg fordert die Verwaltung auf, die Asbestentsorgung auf den Flächen der ehemaligen Gärtnerei Kampheide Süd intensiv zu begleiten und eine fachgerechte Abfuhr sicher zu stellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Umwandlung der städt. Gemeinschaftsgrundschule Hoberge-Uerentrup in eine evangelische Bekenntnisschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2861/2009-2014

Herr Müller stellt das Abstimmungsergebnis vor und führt aus, dass die Voraussetzungen für die Umwandlung in eine Bekenntnisschule formalrechtlich erfüllt seien. In einem nächsten Schritt sei das Ergebnis durch Ratsbeschluss festzustellen, welches einer Vorberatung in der Bezirksvertretung und im Schul- und Sportausschuss bedürfe.

Herr Steinkühler macht wiederholt darauf aufmerksam, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Form einer Bekenntnisschule nicht für das aktuellste pädagogische Modell halte und sie sich grundsätzlich gegen eine Umwandlung ausspräche, zumal es sich um eine städtische Schule handele. Da es hier jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt einer Dornberger Schule die Perspektive für den Erhalt biete, würde sie nicht dagegen stimmen.

Frau Selle akzeptiert die Entscheidung der Eltern, unterstützt jedoch die Argumentation von Herrn Steinkühler und kündigt ebenfalls die Enthalt-

tung der SPD-Fraktion an.

Herr Müller führt an, dass der Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes zur Einführung der Gemeinschaftsschule, die Position von Bekenntnisschulen stärken würde, da hier erstmals die Möglichkeit gegeben sei, Bekenntnisschulen innerhalb eines Schulverbundes als Hauptstandort festzulegen. Diese Neuerung dokumentiere, dass diese Form scheinbar nicht mehr als veraltetes Modell gewertet würde.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

1. **Das Ergebnis des Abstimmungsverfahrens zur Umwandlung der städt. Gemeinschaftsgrundschule Hoberge-Uerentrup in eine evangelische Bekenntnisgrundschule wird wie folgt festgestellt:**

stimmberechtigte Eltern(paare):	104
abgegebene Stimmen gesamt:	99
davon abgegebene ungültige Stimmen:	6
davon abgegebene gültige Stimmen:	93
der Umwandlung haben zugestimmt:	89
der Umwandlung haben nicht zugestimmt:	4

2. **Nach diesem Ergebnis der Abstimmung ist die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit zur Umwandlung der Schulart erreicht. Die Schule ist in eine evangelische Bekenntnisschule umzuwandeln. Die Verwaltung wird beauftragt, für diese Entscheidung die Genehmigung der Bez.-Reg. Detmold als obere Schulaufsichtsbehörde einzuholen und die Entscheidung in ortsüblicher Weise öffentlich bekannt zu machen.**

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

:-:-

Zu Punkt 7

Bericht der Verwaltung zur Sicherheit an Schulen, Sportanlagen, Sporthallen und Kindertageseinrichtungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2612/2009-2014

Herr Kleinesdar weist darauf hin, dass zukünftig den Schulen mit hohem Finanzaufwand aufgrund von Vandalismus kein Vorrang bei der Vergabe von Finanzmitteln mehr gegeben werden könne. Hier hätten die Schulleitungen darauf zu achten, dass Schäden reduziert würden.

Frau Hempelmann äußert ihre Bestürzung über die Sachlage und stellt die erschwerte Möglichkeit des Einsatzes von Videoüberwachungen aus Datenschutzgründen in Frage. Eine Videoüberwachung würde jedoch nachweislich Schäden durch Vandalismus verhindern.

Herr Sensenschmidt merkt an, dass Höhe und Häufigkeit der Schäden nichts mit der Schulform zu tun hätte, was bei einer oberflächlichen Be-

trachtung der Statistik interpretiert werden könne. Vielmehr läge es an dem Bereich und dem Umfeld, in dem sich die Schule befinde. Weiterhin sei nicht vorteilhaft, dass die Schulhausmeister nicht mehr in den Schulen wohnen würden, da hier keinerlei Aufsicht mehr erfolge.

Frau Brinkmann führt aus, dass sich der Schul- und Sportausschuss nach der Sommerpause noch einmal mit der Thematik beschäftigen wolle um Möglichkeiten zu überlegen und zu entwerfen, die dieser Entwicklung entgegenwirken.

Frau Wilmsmeier wirft die Frage auf, in welchen Schulen die Volkshochschule mit einem abendlichen Kursprogramm untergebracht sei. Durch die abendliche Präsenz könne durchaus ein Zusammenhang mit geringeren Beschädigungen bestehen und es sei überlegenswert diesen Synergieeffekt zu nutzen.

Frau Viehmeister verweist darauf, dass in der Informationsvorlage keine Angaben zu den betroffenen Schulen gemacht worden seien. Diese Information sei jedoch wichtig für eine umfassende Information.

-.-.-

Zu Punkt 8

Verkehrssituation Spandauer Allee und Wulfsbreite / Am Sportplatz

Herr Berenbrinker führt an, dass immer wieder Klagen von Anwohnerinnen und Anwohnern hinsichtlich des hohen Verkehrsaufkommens in den genannten Bereichen vorgebracht würden.

Die Verwaltung habe in der Spandauer Allee zuletzt in 2003 eine Verkehrszählung durchgeführt. Die Ergebnisse der Verkehrszählung hätten gezeigt, dass ca. 2028 Autos pro Tag durch die Spandauer Allee führen. In 2009 seien Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen worden, im Ergebnis seien bei 403 Messungen lediglich 31 Verstöße festgestellt worden. In 2010 habe das Ergebnis der Messungen 5 Verstöße bei 101 Messungen ergeben. Aufgrund der geringen Zahlen seien in 2011 keine Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen worden.

Für den Bereich Wulfsbreite/ Am Sportplatz lägen Zahlen der Verkehrsbelastungen vor, die jedoch auch als eher unauffällig zu bezeichnen seien. Die vorliegenden Zahlen seien das Ergebnis einer Zählung aus dem 2007.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung sind sich einig, dass eine aktuelle Überprüfung der Verkehrszahlen in den genannten Bereichen sinnvoll sei, um sich ein Bild über die derzeitige Situation machen zu können. Bei Vorliegen des Ergebnisses sollen diese Daten Grundlage für eine weitergehende Beratung sein.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung in den Straßen Spandauer Allee, Wulfsbreite, Am Sportplatz und Oberfeld Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen vorzunehmen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

**Südliche Erschließung des Hochschulcampus Nord
Gestaltung des geplanten Platz-Bereiches Zehlendorfer Damm in
Höhe der Stadtbahnhaltestelle "Wellensiek" als Shared Space (ge-
meinsam genutzter Raum)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2829/2009-2014

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg nehmen die Informationsvorlage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

**Öffentliche Straßenbeleuchtung - Konzept zur Ausleuchtung der
Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2836/2009-2014

Herr Berenbrinker erläutert anhand des Planes die in Dornberg betroffenen Gebiete und Herr Kleinesdar erläutert, dass die LED-Leuchten eine sehr gute Ausleuchtung bei gleichzeitigem Blendschutz für die Anwohner hätten und daher ideal für die betroffenen Gebiete geeignet seien. Ohne weitergehende Aussprache nehmen die Mitglieder der Bezirksvertretung die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11

Kleinwasserkraftwerke in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2835/2009-2014

Herr Gieselmann findet es sehr bedauerlich, dass hier kein positives Prüfergebnis vorliege und eine Umsetzung somit nicht erfolgen könne. Herr Kleinesdar führt aus, dass die äußeren Umstände, z.B. Wassermengen etc., nicht für einen wirtschaftlichen Betrieb ausreichen würden.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12

Schulentwicklungsplanung

Frau Brinkmann verweist auf die nächste öffentliche Sitzung des Arbeitskreises Schulentwicklungsplanung am 20.07.2011. Hier würden weitergehende Ergebnisse vorgestellt. Frau Viehmeister weist auf den weitergehenden Zeitplan hin und wünscht für die Bezirksvertretung Dornberg eine entsprechende Aufstellung.

Herr Haemisch führt aus, dass in der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung weitere Szenarien an die Verwaltung zur Prüfung in Auftrag gegeben worden seien. Diese Ergebnisse habe er zur heutigen Sitzung angefordert und er sei mit der Antwort der Verwaltung, die Ergebnisse könnten nicht vor Bekanntgabe im Arbeitskreis Schulentwicklungsplanung anderen Gremien bekanntgegeben werden, nicht einverstanden. Zudem seien diese Ergebnisse bereits an die Fraktionen verteilt worden. Die Mitglieder der Bezirksvertretung sind sich einig, dass die Bezirksvertretung Dornberg als stark betroffener Stadtbezirk frühzeitiger zu beteiligen sei.

Frau Hempelmann macht auf das Anhörungsrecht der Bezirksvertretung nach der Gemeindeordnung aufmerksam und bittet um Prüfung, ob eine Verletzung dieses Rechtes vorliegt und ob dies Auswirkungen auf den Verfahrensablauf habe.

-.-.-

Zu Punkt 13

Projekt Generationendialog "Jung sein früher und heute"

Frau Schnelle vom Amt für soziale Hilfen – Sozialamt und Frau Weißmüller von der mobilen Seniorenarbeit in Dornberg berichten über ihre Arbeit und die Entstehung des Projektes „Generationendialog – Jung sein früher und heute“. Frau Thomas vom Oberstufenkolleg in Bielefeld berichtet über die Umsetzung im Rahmen eines Theaterprojektes und die Einbindung der Schülerinnen und Schüler. In dem generationsübergreifenden Projekt sollen Jung und Alt in einem gemeinsamen Dialog Videointerviews erstellen, auswerten und die Inhalte zu den Themen Musik und Mode, Einflüsse durch Ideen und Idole und Persönlichkeitsentwicklung in einem gemeinsamen Theaterprojekt umsetzen. Dornberger Seniorinnen und Senioren könnten auf unterschiedliche Arten teilnehmen: Berichte aus der eigenen Jugendzeit, selbst junge Menschen befragen, selbst Theater spielen, singen oder Musik machen. Anfang 2012 seien öffentliche Aufführungen im Oberstufenkolleg, in der Universität und im Stadtbezirk Dornberg geplant.

Frau Thomas stellt den Projektplan vor:

04 – 05 / 2011	Konzeptentwicklung
06- 07 / 2011	Projektvorstellung in Gruppen und Gremien
09 / 2011	gemeinsame Interviewschulung
09 – 10 / 2011	Interviews mit Video
11 – 12 / 2011	gemeinsame Auswertung der Interviews
01 – 02 / 2012	Dokumentation, Entwicklung und Aufführung

Frau Schnelle erläutert den Kosten- und Finanzierungsplan:

Kosten- und Finanzierungsplan

Werbung und Dokumentation	800,00 €
Unterstützung Regie/Choreografie	3000,00 €
Material, Requisiten, Kostüme	<u>400,00 €</u>
Gesamtkosten	4200,00 €

Ca. 1000,00 € würden durch Eigenleistung der Kooperationspartner erbracht. Zur Finanzierung der Restsumme würden nun Sponsoren gesucht und die Kooperationspartner würden sich über eine Förderung der Bezirksvertretung Dornberg freuen.

-:-

Zu Punkt 14

Vorstellung der Initiativegruppe "Ravensberger Lichtlandschaften" - Projekte zur Steigerung der biologischen Vielfalt und naturverträglichen Entwicklung in Dornberg

Herr Berenbrinker stellt Herrn Dipl. Ing. Helge Jung und Herrn Martin Wübbenhorst vom Verein Ravensberger Lichtlandschaften vor und führt erläuternd aus, dass der Verein sich um die Erhaltung der biologischen Vielfalt kümmere und sowohl Unterstützung bei der Planung anstehender Projekte und Begrünungen im Rahmen von Baumaßnahmen, aber auch Maßnahmen in Eigenregie durchführe. Hier sähe er eine Möglichkeit für vorhandene Bereiche und anstehende Maßnahmen und Bauprojekte im Stadtbezirk Dornberg.

Herr Wübbenhorst und Herr Jung beschreiben zunächst kurz die Entstehungsgeschichte des Vereines und die bislang durchgeführten Projekte. Herr Jung führt aus, dass der Verein sich sehr stark im Bereich der naturverträglichen Regionalentwicklung engagiere und Landschaftspflege ganz bewusst mit den Menschen für die Menschen umsetze. Hierzu gehöre die Planung, die Finanzierung bis hin zur weitergehenden Pflege von Projekten in und um Bielefeld. Ihr Interesse läge darin, geeignete Flächen und ggfls. Partner für die Umsetzung zu finden. Z.B. mit Heimatvereinen als Partner hätten sie in der Vergangenheit bereits schon gemeinsame Projekte entwickelt. Auch vorstellbar wären z.B. die Vergabe von Patenschaften für bestimmte Flächen. Im Stadtbezirk Jöllenbeck hätten sie zum Beispiel in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Bielefeld ein Projekt an der Buswendeschleife am Nagelsholz entwickelt.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung nehmen das Anliegen interessiert zur Kenntnis und sagen zu, geeignete Flächen und Umsetzungsmöglichkeiten nach interner Beratung in den Fraktionen über Frau Steinborn weiterzuleiten. Eine mögliche Realisierung werde in Zusammenarbeit mit dem Verein Ravensberger Lichtlandschaften beraten

-:-

Zu Punkt 15

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Freigabe des Gehweges für Radfahrer an der Deppendorfer Straße zwischen Hasbachtal/Ronsieksfeld und Schloßstraße

Frau Steinborn teilt mit, dass in der Sitzung der Arbeitsgruppe Stadtentwicklung der BV Dornberg am 15.02.11 ein Bürgerantrag des Initiativkreises Schröttinghausen-Deppendorf behandelt worden sei. Das Amt für Verkehr habe in der Sitzung mitgeteilt, dass ein separater Radweg an der Deppendorfer Straße zwischen Hasbachtal/Ronsieksfeld und Schloßstraße derzeit nicht möglich sei. Die Arbeitsgruppe habe den Auftrag erteilt, durch die Straßenverkehrsbehörde prüfen zu lassen, ob dort der Gehweg beidseitig für Radfahrer freigegeben werden könne um Kin-

dern und unsicheren Menschen im Straßenverkehr eine Ausweichmöglichkeit zu geben.

Das Amt für Verkehr teile mit, dass gemeinsam mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger die Freigabe des Gehweges für Radfahrer im genannten Bereich geprüft worden sei. Die Prüfung habe ergeben, dass eine beidseitige Freigabe des Gehweges für Radfahrer dort nicht möglich sei.

Zum Einen dürfe die Freigabe nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) nur dort angeordnet werden, wo es die Verkehrssicherheit oder der Verkehrsablauf erforderten. Aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens sei es nicht zwingend erforderlich, den Gehweg für den Radverkehr freizugeben. Außerdem komme eine Freigabe nur in Betracht, wenn dies unter Berücksichtigung der Belange der Fußgänger vertretbar sei. Es müssten für den Fußgängerverkehr ausreichend Flächen zur Verfügung stehen. Die Gehwege an der Deppendorfer Straße seien auf beiden Seiten ca. 1,75 m breit. Die erforderliche Mindestbreite von 2,50 m sei somit nicht gegeben.

Für Kinder sei jedoch durch § 2 der StVO eine Regelung getroffen. Danach müssten Kinder bis zum vollendeten 8. Lebensjahr mit Fahrrädern Gehwege benutzen, ältere Kinder bis zum vollendeten 10. Lebensjahr dürfen dies.

Baumaßnahme Deppendorfer Straße

Frau Steinborn teilt mit, dass die Baumaßnahme Deppendorfer Straße in der Informationsvorlage zu den Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum 2011-2012 (Drucksachen Nr. 2242/2009-2014) nicht enthalten sei, da die Ausbauplanung einschließlich des Grunderwerbs derzeit vorbereitet werde und eine Umsetzung der Maßnahme aufgrund der schwierigen Haushaltssituation in 2012 nicht erfolgen könne.

Schotter auf dem Wanderparkplatz am Grewenbrink

Der Schotter sei von den Bezirksgärtnern dort abgelagert worden und solle in der nächsten Zeit für Ausbesserungsarbeiten an Wanderwegen etc. verwendet werden.

Hermann Berenbrinker,
Bezirksbürgermeister

Steinborn,
Schriftführerin